

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Nadine Mai (KV Pinneberg)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 290 bis 293:

Mindestausbildungsvergütung werden wir die Attraktivität der Ausbildung erhöhen. Wir wollen für Azubis und junge Menschen mit geringem Einkommen auch den Führerscheinerwerb fördern und eine Lösung für ein Azubi-bundesweit einheitliches vergünstigtes Deutschlandticket für junge Menschen bis 21 Jahre finden. Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage sorgen wir dabei für einen finanziellen Ausgleich, um die

Begründung

Die Fokussierung auf Azubis ist zu eng gefasst. Jugendliche ohne Schulabschluss, in einer Weiterbildung oder rein schulischen Ausbildung haben kein eigenes Einkommen und werden dennoch von einem Führerschein profitieren. Als Beispiel seien hier Pflegefachkräfte in Berufsschulen genannt, die im Berufsalltag einen Führerschein benötigen werden. Auch junge Menschen, die studieren, benötigen ggf einen solchen Zuschuss. Für ländliche Räume ist es essentiell, dass junge Menschen in ihrer Mobilität durch einen solchen Führerschein-Zuschuss unterstützt werden.

In städtischen Region ist der ÖPNV weiterhin für viele Familien sehr teuer, da es bislang nicht gelungen ist, eine Lösung für ein vergünstigtes Familiendeutschlandticket und ein Schüler*innen oder Jugend-Ticket flächendeckend zu installieren. Dies sollte ein sehr wichtiges Wahlkampfthema werden. Denn wenn wir das nicht schaffen, oder nur in Hambur, Berlin und Köln, dann wird die Mobilitätswende noch stärker zu einem Spalter der Gesellschaft. Was ist daran gerecht, dass ein kinderloser Beamter 30€ mit dem Deutschland-Jobticket dabei ist, eine Alleinerziehende Pflegekraft mit zwei Kindern 148€ (59 + 38 + 38) pro Monat aufbringen muss, um mit dem ÖPNV ihren Alltag zu bestreiten? Nichts! Wenn wir das Leben der Menschen bezahlbar machen wollen, dann muss das ganz konkret bei den Familien und den Menschen mit geringem Einkommen ansetzen.

weitere Antragsteller*innen

Angela Tsagkalidis (KV Stormarn); Stephanie Schankin (KV Herzogtum Lauenburg); Lydia Ramm (KV Landkreis Leipzig); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Nelly Waldeck (KV Kiel); Lucas Hohan (KV Ostholstein); Irina Prüm (KV Leverkusen); Anke Thomsen (KV Pinneberg); Lorenz Mayer (KV Segeberg); Jörg Dreffein (KV Pinneberg); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Anja Boenke (KV Leverkusen); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.